Ein Balkanbund.

Am Ausgang der 60er Jahre des vorigen Jahrhunderts gab Fürst Karl von Rumänien im Interesse der Balkanstaaten im Kreise von diplomatischen Vertretern des Auslandes zuerst die Anregung zur Begründung eines Bundes der Balkanstaaten, und nun hat vor einigen Tagen der neue König von Bulgarien diese Gedanken aufs neue zur Debatte gestellt, indem er darauf verwies, daß jetzt ein

ein Bündnis mit der Türkei,

das seine wirtschaftliche Stütze in einer Zollvereinigung fände, für beide Staaten nicht zu unterschätzende Vorteile bieten würde, die schließlich auch die andern Balkanstaaten veranlassen würden, dem seltsamen Bunde beizutreten.

In der Tat ein seltsamer Bund! Die (nach Bismarcks Wort) „nationalen Fragmente" auf dem Balkan, die in der beständigen Sehnsucht leben, ihre Landesgrenzen auf Kosten ihrer Nachbarn zu erweitern, sind zu einem Bunde augenblicklich jedenfalls ungeeignet. Das hat auch der Vater des Gedankens, der Fürst von Rumänien, unumwunden zugegeben, als er (1881) König geworden war und so mit der Möglichkeit rechnen durfte, bei geeigneter Finanzwirtschaft in seinem Lande schnell die übrigen Balkanstaaten politisch und wirtschaftlich zu überflügeln.

Abd ul Hamid und der Balkanbund.

Aber auch einer, den die Frage lebhafter interessieren mußte, als den König von Rumänien, der Sultan Abd ul Hamid, dem ja eine führende Stellung in dem zu begründenden Staatenbunde zugedacht war, hat sich zu König Alexander von Serbien (1903 ermordet), der den jetzt Entthronten in Konstantinopel besuchte, mit starkem Zweifel über die Frage geäußert. Wohl schmeichelte es dem Sultan, noch einmal gewissermaßen Herr der Länder zu werden, die das Schicksal ihm und seinen Vorgängern entrissen hatte, aber er sah doch die Unmöglichkeit ein, die Balkanvölker auf gemeinsamer Grundlage zu einen.

Zwei Jahrzehnte sind seitdem verflossen! Haben sich die Verhältnisse seither günstiger für einen Balkanbund gestaltet? Nur politische Kurzsichtigkeit oder Eigensucht kann diese Frage bejahen. Rumänien, dessen Boden einst der Gedanke entsprang, lehnt seit Jahren jede Gemeinschaft mit den Balkanstaaten ab, Bulgarien eiert ihm nach und wird im Glanz der neuen Königswürde sich schwerlich einem Staatenbunde anglidern, in dem es zu einer ersten Rolle nicht berufen würde. Serbien treibt eine völlige Interessenpolitik, die sich zeitweise gegen die Anwohner richtet. Türken und Bulgaren kennen das Lied. Bleibt noch Griechenland, das dem eigentlichen Schauplatz fern liegt und in der Erkenntnis fördernder Staatsnotwendigkeiten Anschluß an christliche Lande sucht, nie aber sich dem Haupt der Mohammedaner am Goldenen Horn verbinden würde.

Dennoch wird die Frage eines solchen Bundes eifrig in London und in Petersburg besprochen. Man braucht nicht weit hinter die Kulissen zu sehen, um zu wissen, wessen Interessen König Ferdinand vertrat, als er die Frage in vertrautem Kreise zur Verhandlung brachte. Hinter ihm steht das Zarenreich, dessen Einfluß in Sofia seit dem Abschluß des türkisch-bulgarischen Vertrages in schnellem Wachstum begriffen ist.

Der politische Eigennutz Rußlands

wünscht also den Balkanstaatenbund; denn man ist in Petersburg überzeugt, daß sich der neue Bund, in dem der slawische Einfluß überwiegt, leicht unter des Zaren Schutzherrschaft zwingen ließe.

In der Wiener „Neuen Freien Presse" hat vor einigen Tagen ein Politiker, der der französischen Diplomatie nahesteht, einen Artikel veröffentlicht, in dem er ausführt, daß der Erfolg Deutschlands und Österreich-Ungarns in der Balkankrise Rußland zwinge, aufs neue Einfluß auf dem Balkan zu suchen. — Der Balkanstaatenbund ist der Weg, auf dem Rußland diesen offen ausgesprochenen Plan zu verwirklichen gedenkt. In jenem Artikel stand aber ferner, daß der Verlauf der jüngsten Krise das

Zarenreich näher an England

gebracht habe. Auch diese Behauptung ist wahr; denn die Petersburger Regierung darf bei der Durchführung ihres Planes auf England rechnen.

Zwar ist nicht bekannt, ob die englische Regierung amtlich ihr Einverständnis erklärt hat, aber das im Lande bestehende Balkankomitee, das in Übereinstimmung mit der Regierung handelt, erstrebt die Bildung des Staatenbundes unter Führung der Türkei. Zwar war vor kurzer Zeit noch ein Balkanbund gegen die Türkei geplant, aber in der Erwägung, daß damit das Osmanenreich Österreich-Ungarn in die Arme getrieben würde, ist jetzt der Plan geändert worden. (England muß sich jetzt auch zu dem Mohammedanerreich am Goldenen Horn freundlich stellen, um den mohammedanischen Einwohnern Indiens, die in London viele Sorge machen, zu schmeicheln.)

Welche Bewandtnis hat es also im letzten Grunde mit dem zu gründenden Staatenbunde auf dem Balkan? Die russische Regierung, die mit ihrem Eintreten für Serbien unstreitig eine schwere Niederlage in der jüngsten Krise erlitten hat, will nicht nur ihren Einfluß wieder herstellen, sondern sie will mehr: will Österreich-Ungarns Balkanpolitik durchkreuzen und sich damit für die erlittene Schlappe rächen. Daß man in Wien diesen russischen Plänen mit Mißtrauen begegnet, ist nicht zu verwundern. Aber man ist dort keineswegs beunruhigt. Die Möglichkeit des Balkanbundes muß erst in der harten Wirklichkeit erwiesen werden.

Dem Abschluß des Bundes müßte die Regelung der mazedonischen Frage vorausgehen, den Christen müßte Leben und Eigentum gewährleistet werden. Dann aber wird sich zeigen, daß die Gegensätze in Bulgarien, Serbien und Griechenland nur geschlummert haben, daß sie aber nicht entschlafen sind. Das stärkste Hindernis für den neuen Bund aber wird die Unmöglichkeit sein, für die politischen, wirtschaftlichen und militärischen Leistungen seiner Mitglieder eine gemeinsame Grundlage zu finden.

Wächter.

Politische Rundschau.

Deutschland.

*Kaiser Wilhelm, der nach kurzem Aufenthalt in Wiesbaden dem Sängerfest in Frankfurt a. M. beiwohnte, wird am 28. d. die Frühjahrsparade in Potsdam abhalten.

*Graf Zeppelin hat den Reichstagsabgeordneten eine Einladung für den 5. Juni nach Friedrichshafen zur Besichtigung seines Luftschiffes zugehen lassen.

*Die Kommission des Reichstages für die Ergänzung zum Strafgesetzbuch hat die Vorschläge der Unterkommission angenommen. Der Tierquälereiparagraph wurde nach den Vorschlägen der Regierung angenommen; die Abänderungsanträge, die ihn verschärfen wollten, fanden keine Mehrheit. Es ist beabsichtigt, die Vorlage (mit Ausnahme des Beleidigungsparagraphen) demnächst an das Plenum zu bringen, nachdem in den Ferien der Bericht darüber fertiggestellt ist.

*Für die Tabakbesteuerung sind jetzt aus Interessentenkreisen folgende Vorschläge gemacht worden: 1) Die Inlandsteuer aufzuheben; 2) den Zoll auf 50 Mk. für 100 Kilogramm zu ermäßigen; 3) eine Wertsteuer, die sämtliche Tabakfabrikate dem Wert entsprechend trifft und an das Ende der Fabrikation zu legen ist, vom Fabrikat zu erheben. Hierdurch soll der an Zoll und Steuern ausfallende Betrag sowie die jetzt von der Tabaksteuer- und der Finanzkommission vorgesehene Mehrbelastung von etwa 100 Millionen gedeckt werden. Man glaubt, daß mit dieser einfachen Umgestaltung der bisherigen Belastung des Tabaks den Tabakpflanzern und -händlern, den Fabrikanten, dem Groß- und Kleinhändler mit Fabrikaten, und vor allem auch dem kaufenden Publikum gedient sein würde. Die gegenwärtigen Vorschläge werden im Reichsschatzamt näher geprüft.

*Der Gouverneur von Kamerun, Seitz, stellte in einer Konferenz westafrikanischer Kaufleute eine neue Zollordnung für die Kolonie für das Jahr 1911 in Aussicht, er versprach Förderung des Anbaues von Ölpalmen und Kakao.

Österreich-Ungarn.

*Wie die Wiener „N. Fr. Pr." meldet, hat Kaiser Franz Joseph Kaiser Wilhelm eingeladen, an den diesjährigen österreichischen Manövern teilzunehmen, in denen zum erstenmal die neuen Schnellfeuerkanonen in den Dienst gestellt werden. Kaiser Wilhelm hat sein Kommen zugesagt.

Frankreich.

*Die Kammer hat die Maßnahmen der Regierung in Sachen des Poststreiks mit großer Mehrheit gebilligt. Im Ministerrat wurde die Absetzung von noch zwanzig Postbeamten beschlossen und der endgültige Text der Bestimmungen betr. das Vereinsrecht der Beamten genehmigt. Der Streik der Postbeamten ist im Abnehmen begriffen, da die Ausständigen selber einsehen, daß für diesmal das Unternehmen gescheitert ist.

England.

*In Beantwortung einer Anfrage betr. die Entschädigungsansprüche wegen der Beschlagnahme eines englischen Fischdampfers durch ein deutsches Kriegsschiff erklärte der Parlamentsuntersekretär Wood im Unterhause, die deutsche Regierung sei auf Grund des ihr vorliegenden Beweismaterials der Meinung, daß die Umstände, die zur Beschlagnahme des Fischdampfers führten, das Vorgehen des Kommandanten des deutschen Kriegsschiffes rechtfertigen, und daß sie einen Anspruch auf Schadenersatz unter der Begründung, daß die Beschlagnahme ungesetzlich sei, nicht anerkennen könne. (Die englische Regierung hat dem Rechtsspruch der deutschen Regierung zugestimmt.)

Balkanstaaten.

*Die Mehrzahl der Chefs der diplomatischen Missionen, darunter der deutsche Botschafter, wurden in Konstantinopel vom Sultan zur Überreichung ihrer Beglaubigungsschreiben in feierlicher Audienz empfangen.

Deutscher Reichstag.

Am 18. d. erledigte der Reichstag in seiner letzten Sitzung vor den Ferien zunächst in schneller Aufeinanderfolge, teilweise ohne Debatte, die ersten fünf Punkte der Tagesordnung. So wurden in dritter Lesung angenommen: die Berner Übereinkunft zum Schutz von Werken der Literatur und Kunst, das Abkommen mit den Ver. Staaten von Amerika betr. den gegenseitigen gewerblichen Rechtsschutz, das Münzgesetz, das Bankgesetz und das Gesetz betr. die Verwaltung des Reichsinvalidenfonds und des Hinterbliebenenversicherungsfonds. Es folgte die dritte Lesung des Viehseuchengesetzes. Der erste Redner Abg. Struve (frs. Vgg.) wandte sich gegen die Ausführungen, die die Abgg. Hahn und Roesicke in zweiter Lesung über die Futtermittelhülse gemacht haben. Er selbst warf dem Abg. Hahn unrichtige Wiedergabe von Worten des Geheimrats Adolf Wagner vor und erklärte, aus einem Schreiben, das er von Geheimrat Wagner empfangen habe, ginge hervor, daß Abg. Hahn mit der Wahrheit Fiasko erlitten habe. In langen Reden und Gegenreden träten nun Angreifer und Angegriffene gegeneinander auf. Die Debatte, die einen recht scharfen Charakter annahm, dehnte sich stundenlang aus, unterbrochen von zahlreichen Zwischenrufen des Präsidenten. Darauf vertagte sich das Haus bis zum 15. Juni.

Aus der Finanzkommission.

Die Finanzkommission des Reichstages wählte am 18. d. zu ihrem Vorsitzenden den konservativen Abgeordneten v. Richthofen, nachdem Abg. Paasche erklärt hatte, den Vorsitz nicht wieder übernehmen zu wollen.

Auf der Tagesordnung der Kommissionssitzung stand nun die

Fahrkartensteuer.

Vor Eintritt in die Beratung erhob ein Mitglied der sozialdemokratischen Partei geschäftsordnungsmäßige Bedenken dagegen, daß eine Vorlage von der Kommission beraten werde, ehe sich das Plenum in erster Lesung darüber geäußert habe. Die Vertreter der freisinnigen Vereinigung bemerkte dazu, dem Reichstag werde jedenfalls die erste Lesung nicht vorenthalten werden dürfen. Die Vertreter der Nationalliberalen und des Zentrums vertraten die Auffassung, daß die Beratung einer Denkschrift in der Kommission zulässig sei, und von freisinniger Seite wurde hinzugefügt, daß das Plenum, das jedenfalls zu dem Gedanken Stellung nehmen müsse, dies noch rechtzeitig tun könne bei der ersten Lesung der Ersatzsteuern.

Zur Sache erklärte zunächst der Wortführer der Nationalliberalen, daß seine Freunde, wenn die verbündeten Regierungen die der Denkschrift als Unterlage beigegebene Vorlage dem Plenum vorlegen sollten, ihre Zustimmung zu dieser Änderung der bestehenden Fahrkartensteuer nicht in Aussicht stellen könnten. Er verkenne in keiner Weise die Mängel der jetzigen Steuer, aber in einem Augenblick, wo man fast 400 Millionen neuer Konsumsteuern bewilligen müsse, eine neue Belastung der minderbemittelten Schichten, eine Hineinbeziehung der vierten Wagenklasse eintreten zu lassen, erscheine ihm ganz unangebracht. Sie sei um so mehr unmöglich, als die nun vorgeschlagene Form der Steuer für die 1. und 2. Klasse eine wesentliche Verminderung der jetzigen Fahrkartensteuer bringe, was die neue Belastung der 4. Klasse um so unberechtigter erscheinen lasse. Die nationalliberale Fraktion habe sich einmütig entschlossen, einer Ausdehnung der Steuer auf die 4. Klasse nicht zuzustimmen.

Die Abgeordneten der andern Fraktionen sprachen zum Teil für, zum Teil gegen die Vorlage. Bindende Beschlüsse aber wurden nicht gefaßt, doch hat es den Anschein, als ob über diese Steuervorlage eine Einigung nicht zustande kommen wird.

Inzwischen ist der angekündigte neue

konservative Besitzsteueranträge,

der einen Gesetzentwurf unter dem Namen des Abg. v. Richthofen enthält, mit einem Wertpapiersammel- und Umsatzstempel der Kommission vorgelegt worden.

Der Schatzsekretär erklärt, daß falls dieser Antrag Richthofen auf die Tagesordnung gesetzt werden sollte, er aufmerksam der Debatte folgen werde, sich aber nicht material dazu äußern könne, da die Reichsregierung hierzu noch keine Stellung genommen habe. Von freisinniger Seite wurde mit Rücksicht darauf, daß die Regierung sich noch nicht geäußert habe, Bedenken gegen eine Verhandlung dieser Materie erhoben. Damit schließt die Besprechung. Nächste Tagesordnung: Besitzsteuereinkunftsstelle in erster Lesung beschlossen bis in Verbindung mit dem neuen konservativen Besitzsteueranträge und der Erbschaftssteuervorlage der Regierung.

Der erste Teil des neuen konservativen Antrages trifft Bestimmungen über die

Besteuerung aller zum Börsenhandel zugelassenen Wertpapiere.

Der Steuersatz schwankt zwischen 1 bis 3 vom Tausend, bezw. 2 bis 4 vom Tausend des gemäß zu Beginn des Steuerjahres ermittelten Kurswerts. Der Kurswert wird berechnet nach dem Durchschnitt des dem Steuerjahre vorausgegangenen Handelsjahres oder soweit das Ergebnis eines Handelsjahres nicht vorliegt, nach dem Emissionskurs. Betreffend Renten und Schuldverschreibungen des Reichs und der Bundesstaaten, Steuerpflichtig sind ferner Gewinn- oder sonstige Anschaffungsgeschäfte auch über Wertpapiere, die nicht zum Börsenhandel zugelassen sind. Der Steuersatz schwankt zwischen zwei Zehntel und zehn vom Tausend und beträgt bei dergrochtlichen Gesellschaften (Kuxenscheinen, Bezugsscheinen, Anteilscheinen) fünf vom Tausend. Neben diesem Antrag geht ein neuer Antrag auf Einführung einer Umsatz- und Wertzuwachssteuer für bebaute und unbebaute Grundstücke einher. Die Steuer ist eine besondere. Sie wird einmal erhoben vom Erwerber in Höhe von ½ Prozent des Wertes des erworbenen Grundstücks und ferner auch noch erhoben vom Veräußerer zu tragende

Wertzuwachssteuer

beträgt zehn Prozent bei einer Wertsteigerung bis zu weniger als zehn Prozent und steigert sich progressiv bis auf 25 Prozent bei einer Wertsteigerung von mehr als 150 Prozent. Diese Sätze kommen jedoch nur zur Erhebung, wenn seit der Erwerbung bis zur jetzigen Veräußerung höchstens fünf Jahre verflossen. Beträgt der Zeitraum mehr als fünf Jahre bis höchstens zehn Jahre, so werden nur neun Zehntel der vereinbarten Sätze erhoben und der Satz ermäßigt sich weiter um ein Zehntel bis herab auf fünf Zehntel, wenn er mehr als 10, bezw. mehr als 15, bezw. mehr als 25 Jahre beträgt. Dem letzten Gewerbetreibenden bei unbebauten Grundstücken 4 Prozent zugestanden und ferner die nachgewiesenen Ausgaben für Verbesserung einschließlich Stempel, Gerichtskosten usw. hinzugerechnet.

Wandlungen des Glückes.

11] Roman von Luise Voigt.

(Fortsetzung.)

„Beruhigen Sie sich übrigens, Fräulein," fuhr Leo bitter fort, als er sah, daß Wilma ihr tränenüberflutetes Gesicht an der Brust der Freundin barg, „den Namen des Glücklichen, der mich meines höchsten Wunsches für immer beraubt hat, hörte ich nicht und ich bin froh darüber, denn schon der Klang dieses Namens wäre mir fürchterlich!"

„Das glaube ich dir im Leben nicht, lieber Bruder," unterbrach ihn ganz ruhig, mit lächelnder Miene, die Schwester, „ich bin im Gegenteil überzeugt, daß du den Mann herzlich lieb hast und ihn nicht einen Augenblick um sein Glück beneiden wirst."

„Nora, in diesem Augenblick ist dein Spott weder berechtigt noch — edel."

Ein herber Groll klang aus seiner Rede; Nora aber schien diesen gar nicht zu bemerken und fuhr schelmisch fort:

„Sage was du willst, ich bleibe doch bei meiner Meinung, und in kürzester Zeit wirst du mich wegen deiner schlimmen Worte um Vergebung bitten. Sieh dir meine süße Wilma an und behaupte noch einmal kühn, daß du demjenigen zürnst, den sie liebt."

Der Körper des jungen Mädchens bebte wie im Fieber; bis zu diesem Augenblick hatte sie ihren Kopf aus Noras Armen nicht erhoben, nun aber richtete sie sich empor und flüsterte mit inniger Bitte: „Nora, sei barmherzig!"

Bei diesen leisen Worten fühlte Leo sich plötzlich sonderbar durchzuckt, glühend heiß strömte ihm das Blut zum Herzen und in atemloser Spannung stieß er die Frage hervor:

„Wilma, träume ich, darf ich meinen Sinnen trauen?"

Nora trat still zur Seite, der Engel des Glückes aber schwebte segnend durch das Gemach.

14.

Mit größtem Erstaunen vernahm der Oberst am andern Tage das Geständnis seiner Tochter, daß dieselbe ihr Herz dem Sohne des Großhändlers geschenkt habe, und daß dieser in den nächsten Tagen kommen wolle, um sich von ihm die Hand seines einzigen Kindes zu erbitten.

Eine ernste Falte trat, nachdem er alles vernommen hatte, auf der Stirn des alten Mannes hervor und schweigend schritt er längere Zeit im Gemach auf und nieder. Besorgt folgte ihm der Blick seiner Tochter, eine innere Angst schnürte ihr das Herz zusammen, und plötzlich stieg der Gedanke in ihr auf, daß der Vater am Ende mit ihrer Wahl unzufrieden sein und ihr wohl gar die Einwilligung zu derselben verweigern könnte.

Unaufhörlich setzte indessen der Oberst seine Promenade fort; in dichten Wolken blies er den Rauch seiner Pfeife in die Luft, wie er es stets zu tun pflegte, wenn er durch irgend etwas erregt oder beunruhigt war. Endlich blieb er vor dem jungen Mädchen stehen.

„Wilma," sagte er dann, ihr ernst in das Antlitz blickend, „ich muß dir aufrichtig gestehen, daß ich auf alles eher gefaßt war, als daß deine Wahl jemals auf den jungen Warnfeld fallen würde."

„Ich begreife nicht, Vater, was dich gegen meine Verbindung mit Leo stimmt, du sprachst doch selbst wiederholt deine Sympathie für ihn aus, warst stets freundlich, ja sogar herzlich mit ihm, und nun, da ich dich bitte, ihn als Sohn an dein Herz zu nehmen, änderst du dein Urteil?"

„Nein, Kind, auch heute sage ich noch, daß ich Warnfeld gut bin, daß ich ihn achte und schätze, aber trotzdem hätte ich es tausendmal lieber gesehen, wenn du dem Hauptmann Welfersheim dein Jawort gegeben hättest."

„Das verstehe ich nicht, Vater! Hauptmann Welfersheim mag gut und brav sein, aber er ließ mich kalt und gleichgültig; Leo jedoch errang mein Herz an dem Tage, wo ich ihn zuerst gesehen habe."

„Ja, ja, das ist die Allmacht der Liebe, die oft zum Glück, manches Mal aber auch in das tiefste Elend führt! — Weißt du, Kind," fuhr der Oberst nach einer kleinen Pause fort, „was mir bei der ganzen Sache nicht gefällt, und was wie ein Alp auf meiner Brust lastet? Das ist der Umstand, daß Leo der einzige Sohn des reichen Großhandlungshauses Warnfeld ist. Wäre er arm, aber in gesicherter Stellung, mit Freuden würde ich eure Hände ineinander legen, so aber ist er reich, sehr reich sogar, die kleine Mitgift, die du ihm entgegenbringst, ist seinem Vermögen gegenüber nur eine Kleinigkeit; du bist ihm gegenüber folglich arm. Ich habe aber im Laufe meines Lebens oft Gelegenheit gehabt, die Stellung einer unbemittelten Frau im Kreise reicher Verwandten zu beobachten und oft tat mir das Herz weh, wenn ich sah, welchen Demütigungen sie ausgesetzt war; wie manches bittere Wort hat sie schon nach kurzer Zeit von dem eigenen Gatten, den doch gewiß auch nur Liebe in ihre Arme geführt hatte, hören mußte! Der Gedanke, meiner einzigen Tochter einmal ein ähnliches Los beschieden zu sehen, schnürt mir die Kehle zusammen."

Aufmerksam hatte Wilma ihrem Vater zugehört.

„O Vater, das brauchst du bei mir nicht zu fürchten. Wer sollte mir denn wehtun? Etwa Leos Vater, der mich bei jeder Gelegenheit auszeichnet, oder gar Nora, die mich wie eine Schwester liebt, oder aber Leo selbst, dessen edlem, ehrlichen, geraden Sinn? Nein, Vater, die Furcht kannst du ruhig niederkämpfen. Leos ganze Familie ist viel zu ehrenhaft, um jemals solch einer unedlen Handlung fähig zu sein!"

„Das ist wahr," stimmte der Oberst bei, „ehrenhaft ist das Haus Warnfeld durch und durch. Glaubst du übrigens, mein Kind, daß ich nur für Augenblicke die Bewerbungen eines Mannes dulden würde, dessen Name nicht rein und fleckenlos vor der ganzen Welt dastehe? In dieser Hinsicht würde ich kein Erbarmen, kein Nachgeben kennen, denn das Höchste ist mir das Höchste auf der Welt! Ehe ich zugeben würde, daß mein Kind einst einen befleckten Namen trage, möchte ich dasselbe, wie lieb ich es auch hätte, kalt und starr im Grabe sehen; denn besser der Tod als Schande!"